

Minarette (1)

Ein Phantom geht um

Eine Schweizer Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Da mache ich nicht mit. Es geht der Initiative nämlich um eine anti-islamische Mobilisierung und Radikalisierung der Volksseele.

14. November 2009. Volksinitiativen sind dazu da, die Schweizer über ein brennendes Problem abstimmen zu lassen. In diesem Fall sollte in der Schweizer Bundesverfassung den Muslimen verboten werden, auf Schweizer Boden ein Minarett zu errichten, wo auch immer. Obschon die gleiche Verfassung die Religionsfreiheit garantiert, und es nicht den geringsten Hinweis gibt, dass Muslime die Religionsfreiheit missbrauchen würden.

Vordergründig betrachtet, lässt einen die Initiative ziemlich sprachlos. Wo liegt denn das Problem? In der Schweiz haben bisher lediglich vier Moscheen ein Minarett, bei etwa 380 000 Muslimen aus aller Welt, die im Lande leben: Kurden, Türken, Iraner, Iraker, Kosovaren, Bosnier, Algerier, Marokkaner und was der Migranten mehr sind.

Will eine muslimische Gemeinschaft ein religiöses Gebäude errichten, muss sie sich den gleichen Regeln unterziehen wie alle anderen auch: Vorlage des Gesuchs bei der staatlichen Behörde, Veröffentlichung, Prüfung, Einsprachen, Vorschriften des Heimatschutzes, des Ortsbilds, des Lärmschutzes, des Anwohnerschutzes, der Zufahrten und Parkplätze, und was der Vorschriften mehr sind. Man kann nicht einfach behaupten: Ich glaube, also baue ich!

Auch der Gebetsruf eines Muezzins, verstärkt mit Lautsprechern, würde an den Einsprachen scheitern. Er wäre auch sinnlos, denn die Muslime leben hierzulande nicht zusammengepfercht in Ghettos. Sie sind verstreut unter der Bevölkerung.

Wo liegt also das Problem? Rational betrachtet besteht gar keins. Es handelt sich um ein Phantom. Die Schweizer müssen über ein Phantom abstimmen.

Genau betrachtet, gibt es doch ein Problem. Es liegt aber nicht bei den Muslimen. Es liegt in den dunklen Emotionen der so genannten „Volkseele“. Die Minarette werden vorgestellt als Schrittmacher einer Islamisierung der Schweiz. Den Minaretten folgen die Muezzins, dann die Hassprediger, dann die Scharia, die Gottesurteile, die Verschleierung der Frauen, die Gebetszeiten an den Schulen, der Ramadan. Am Ende die Verdrängung des Christentums.

Die Volksinitiative fördert die anti-islamische Mobilisierung und Radikalisierung der Schweizer. Dabei fällt auf, dass sich christlicher Fundamentalismus und nationalistischer

Patriotismus verbünden. Die christlichen Werte des Abendlands seien zu erhalten und zu retten. Die Werte der freiheitlichen souveränen Schweiz desgleichen.

Ähnliche Töne vernahm man zur Zeit des Kalten Kriegs. Damals galt die Sowjetunion den Schweizern als die grosse Gefahr für Glauben, Freiheit und Souveränität. Sie rechtfertigte die militärische Aufrüstung, die Subversivenjagd, das Spitzelwesen, die Anti-Kommunistenhetze. Im Unterschied zum Islam war die Sowjetunion tatsächlich ein hoch gerüstete Grossmacht.

Es scheint in der Tat, dass heute das Feindbild Islam in das Vakuum eindringt, das der Fall des Eisernen Vorhangs 1989 geschaffen hat. Der Islam kommt gelegen. Warum? Weil viele Schweizer sich frustriert und unwohl fühlen: Einsam und ohnmächtig gegenüber den neuen europäischen und internationalen Verhältnissen, suchen sie Zuflucht in Mythen der Vergangenheit: Christentum und Nation, Glauben und Souveränität.

Rational betrachtet kann ein Minarett-Verbot den Schweizern bei ihrer Selbstfindung allerdings nicht helfen. Im Gegenteil. Man schlägt das Minarett und meint den Islam. Man schlägt den Islam und meint die Unchristen und Unpatrioten im eigenen Volk.

Ein Positives hat die Initiative dennoch: Sie wirkt als ein Katalysator. Nicht bloss zur irrationalen anti-islamischen Radikalisierung, sondern im Gegenzug zur Aufklärung der Stimmbürger. Ich hoffe sehr, dass sich die aufgeklärte Vernunft bei der Abstimmung am Sonntag, 29. November, als mehrheitsfähig erweist.

Minarette (2)

Die unheilige Allianz

Je näher die Volksabstimmung über ein Minarett-Verbot in der Schweizer Bundesverfassung rückt, desto deutlicher werden die Konturen der Debatte: Es streiten die Stellvertreter.

19. November 2009. Merkwürdigerweise machen sich auch Intellektuelle für das Minarett-Verbot stark, denen man eigentlich zutrauen würde, dass sie den irrationalen und demagogischen Charakter der Initiative durchschauen.

Warum? Es herrscht eine intellektuelle Militanz (unter Rechten und Linken) gegen jede Manifestation von Religion im öffentlichen Leben. Religiöse Symbole seien Relikte einer vormodernen, mittelalterlichen, eben religiösen Zivilisation. Religion sei Privatsache. Das Minarett steht somit stellvertretend für alle religiösen Symbole im öffentlichen Raum.

So kommt es natürlich wie gerufen, wenn die Aktivisten des Minarett-Verbots den Muslimen eine Lektion in schweizerischer öffentlicher Ordnung erteilen: Das Minarett steht stellvertretend für Zwangshe, für Beschneidung, für Schächtung, für Speisevorschriften, für Gebetsvorschriften, islamische Machtansprüche und so weiter. Wer gegen die Manifestation

von Religion im öffentlichen Raum, aber auch am Arbeitsplatz und in der Freizeit ist, kann sich über die Minarett-Gegner freuen. Man hasst ja sowieso Nonnentracht, Kreuzifix, Kirchengeläute, oder auch die Einschränkungen von Kommerz und Vergnügen an christlichen Feiertagen.

Paradox ist, dass die Initianten des Minarett-Verbots die Religion eben nicht als Privatsache betrachten, sondern sich öffentlich und politisch auf christliche Werte und die so genannte christliche „Leitkultur“ berufen. Denn diese möchten sie ursprünglich, rein, exklusiv zur Geltung bringen. „Heilig ist unser Gott!“ Sie scheinen gar nicht zu bemerken, dass auch die Christen mit den Muslimen im gleichen Boot sitzen. Die christlichen Anti-Minarett-Aktivisten spielen in Wirklichkeit den Religionsgegnern in die Hände.

Fazit: Die Schweiz ist bekannt für ihre Demokratie. Aber auch diese Demokratie schliesst unheilige Allianzen nicht aus. Im Fall der Anti-Minarett-Initiative bildete sich eine Koalition von Christen, die den öffentlichen Raum von muslimischen Symbolen säubern wollen und anderen, die religiöse Manifestationen im öffentlichen Raum überhaupt bekämpfen. Die Frage ist, wer die Mehrheit bildet. Jedenfalls denken die Intellektuellen nicht unbedingt vernünftiger als die Emotionalen.

Momentan scheint es, dass die Initiativ-Gegner noch knapp in der Mehrheit sind (53 Prozent). Wir werden sehen. Am 29. November. Ergibt sich eine Mehrheit der Vernünftigen?

Minarette (3)

Gegen die schleichende Apartheid

Die Schweizer Volksabstimmung über ein Minarett-Verbot richtet sich gegen den Islam. Die Initiative spricht den Muslimen die Fähigkeit ab, sich in die moderne, demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft einzufügen.

22. November 2009. Die Situation erinnert ein wenig an die Apartheid in Südafrika. Bis in die jüngste Zeit sprachen die weissen Südafrikaner den schwarzen die Fähigkeit und das Recht ab, gleichberechtigte Staatsbürger zu sein. Machtteilung kam nicht in Frage, die Schwarzen sollten bestenfalls in ihren Stammesgebieten unter sich leben und die Weissen in Ruhe lassen. Ab in die Townships! Ab in die Reservate!

Die Beispiele liessen sich vermehren: Um den früheren Bürgerrechtskampf der Schwarzen in den USA. Um den gegenwärtigen Bürgerrechtskampf der Araber im Staat Israel. Die Muster gleichen sich. Soll sich das gleiche Muster in der Schweiz durchsetzen?

Die Schweiz hat eine ganz andere Tradition. Man denke an die jüdische Bevölkerung. Sie lebt heute vollkommen integriert unter uns. Desgleichen die tibetischen Buddhisten, die Tamilen

aus Sri Lanka und die anderen. Ganz zu schweigen von sprachlichen Minderheiten wie den Rätoromanen und den Tessinern.

Die Frage ist, wie gut Gläubige jedweder Religion ihre zivile staatsbürgerliche Identität entwickeln können. Denn diese bildet die Grundlage des gelingenden Lebens und Zusammenlebens in einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft. An ihr messen sich Religionsfreiheit und Toleranz. Nicht umgekehrt!

In der „Zürichsee-Zeitung“ steht heute (20. November) ein Interview mit Necla Kelek (52). In Istanbul geboren, kam die Türkin vor 40 Jahren nach Deutschland und studierte Volkswirtschaft und Soziologie. Sie forscht zum Thema Parallelgesellschaften, Islam und Integration.

Necla Kelek sagt: „Wir müssen von den Muslimen in Europa fordern und helfen, Staatsbürger zu werden. Religion ist Teil unserer Freiheit, sie steht nicht über ihr.“

Weiter: „Grundrechte, zum Beispiel das Recht auf die Kindheit, gelten für alle Bürger in einem Staat. Es kann nicht sein, dass der Vater über Leib und Leben seiner Tochter bestimmt.“

Diese beiden Grundsätze, staatsbürgerliche Freiheit und Rechtsgleichheit für alle, bringen es auf den Punkt: Die europäischen Gesellschaften rechnen mit selbstbewussten, verantwortlichen Bürgern. Sie garantieren und schützen deshalb die Gleichberechtigung von Mann und Frau, von Reich und Arm, von Gebildet und Ungebildet.

Natürlich markieren Freiheit und Grundrechte auch die Grenzen der Toleranz. Es ist nicht möglich, Freiheit für Personen und Gemeinschaften zu gewähren und zugleich deren Missbrauch zu tolerieren. Das geht nicht, selbst wenn manche Religiöse sich auf einen übergeordneten göttlichen Willen berufen. Der "Wille Gottes" ist politisch nicht brauchbar.

Dazu acht Anmerkungen:

- 1) Es widerspricht einer demokratischen Gesellschaft, Parallelgesellschaften mit grundrechtswidrigen Regeln zu tolerieren. Das würde Apartheid bedeuten.
 - 2) Es ist deshalb auch klar, dass jene die Religionsfreiheit missbrauchen, welche diese für grundrechtswidrige Gesetze oder Traditionen verlangen, wie Gesichtverschleierung (Vermummung), Ehezwang, Blutrache, Genitalverstümmelung, religiöse Richter, religiöses Strafrecht, religiöse Todesstrafe, Steinigung, berufliche Ächtung (etwa von Kritikern), religiöses Eherecht, Verfolgung Homosexueller, und so weiter.
- Wir müssen von den Migranten jeder Religion erwarten, dass sie Staatsbürger werden, mit allen Rechten und Pflichten. So wie es mündige Staatsbürger von sich selbst einfordern.
- 3) Wir garantieren im Gegenzug den Migranten, auch den Frauen, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, den Schutz der Person privat und öffentlich, Religionsfreiheit, Schutz vor dem Zugriff fremder Mächte, usw.

Integration, sprachlich und staatsbürgerlich, ist die beste Prävention vor Apartheids-Verhältnissen.

4) Ein allfälliges Minarett-Verbot würde für die Schweiz einen Rückschritt in vormoderne, apartheidverdächtige Verhältnisse bedeuten. Es lenkt davon ab, worauf es wirklich ankommt: Eine Gesellschaft mündiger und freier Staatsbürger zu sein, auch als Zugewanderte.

5) Ein spezifisch schweizerisches Problem ist die Verzettelung. Die Bundesverfassung garantiert zwar die Religionsfreiheit. Das Verhältnis von religiösen Gemeinschaften zu regeln, liegt aber in der Kompetenz jedes der 26 Kantone, weshalb ein bundesweites Rahmengesetz für religiöse Gemeinschaften und Sekten zu fordern ist. Es müsste die Regeln und Bedingungen für die öffentliche Anerkennung festlegen.

6) Die Rechtsordnung muss alle Religionsgemeinschaften gleich behandeln, auch die Grosskirchen. Und sie muss klar stellen, dass die Religionsfreiheit keine rechtswidrige Gesetzesordnung zulässt, auch nicht für religionsinternen Gebrauch.

7) Was in der Gesellschaft zusammenlebt, sollte nicht getrennt werden. Die Trennung von Religion und Staat geht nicht, wohl aber die Trennung der Geschäfte. Die müsste wohl auch den Staat von der Verpflichtung entlasten, eine Religionsteuer einzutreiben.

8) Die Menschenwürde und das Menschenrecht von Personen und Gemeinschaften stehen auf jeden Fall über allen religiösen Vorschriften. Theologisch gesprochen: Wer sich gegen Menschenwürde und Recht auf „göttliche Weisung“ beruft, missbraucht „Gottes Willen“. Es ist auch für christliche und muslimische Gläubige nicht zulässig, Gott gegen die Menschlichkeit des Menschen auszuspielen, beziehungsweise die Religion gegen die Grundrechte.

Zivilisatorische Fortschritte im Bereich des Zusammenlebens von Mehrheiten und Minderheiten, von Inländern und Ausländern, von Christen und Muslimen sind so jedenfalls nicht zu erreichen.

Die wirklichen Probleme der Modernisierung, der Migration und der Integration der Schweiz in Europa und in die Weltgesellschaft stellen sich weiterhin. Sie bedürfen einer vernunftgeleiteten, an Freiheit und Recht orientierten Politik.

Minarette (4)

Die Eruption einer Volksseele

57,5 Prozent der Schweizer Stimmbürger stimmten der Initiative für ein Minarett-Verbot zu. Unglaublich!

1. Dezember 2009. Ich hatte diese massive Eruption aus der Tiefe der Volksseele zwar nicht erwartet, aber natürlich auch nicht ausgeschlossen. Denn solche Überraschungen sind bei Volksbefragungen nicht neu. Emotionen äussern sich gerne absolut.

Eine Auswahl an Gründen für das Minarett-Verbot:

Es kommt überhaupt nicht in Frage,
dass Musliminnen vermummt herumspazieren,
dass Verkäuferinnen an der Kasse das Kopftuch tragen,
dass fromme muslimische Bauarbeiter Pausen für ihr Gebet verlangen.
Was meinen die eigentlich?

Es kommt nicht in Frage,
dass Schüler sich vom Schwimmunterricht dispensieren,
dass Kinder von Muslimen vom Sexualunterricht freigestellt werden,
dass die Kinder nicht an Klassenlagern teilnehmen.
Was stellen die sich eigentlich vor?

Es kommt nicht in Frage,
dass in der Schweiz Blutrache vorkommt,
dass Mädchen zwangsverheiratet werden,
dass der Übertritt zum Christentum verfolgt wird,
dass religiöse Richter Recht sprechen.
Woher kommen die eigentlich?

Es kommt nicht in Frage,
dass Muslime eigene Friedhofsfelder begehren,
dass sie ihr Bekenntnis öffentlich zur Schau stellen
dass Lautsprecher den Muezzin-Ruf im Quartier verbreiten,
dass die Türkei oder Saudiarabien Prediger in die Schweiz entsenden.
Wofür halten die uns eigentlich?

Es kommt nicht in Frage,
dass die Migranten die Sozialwerke belasten,
dass Ausländer den Schweizern die Arbeitsplätze streitig machen,
dass Oberst Ghadhafi die Schweizer Regierung an der Nase herumführt.
Was massen die sich eigentlich an?

Es ist ein Skandal,
dass die Schweizer Regierung die Zuwanderung nicht unter Kontrolle hält;
dass die Regierung sich vor dem Ausland duckt,
dass die Schweizer die Gefahr der Islamisierung nicht ernst nehmen,
dass die Christen ihre Werte vergessen und hintanstellen.
Wofür regieren die eigentlich? Für das Ausland?

Die Gründe liessen sich vermehren. Das Minarett-Verbot hat die Klischees, die Ängste und Verallgemeinerungen schlagartig bewusst gemacht. Das Verbot steht nun als einziger religiöser Ausnahme-Artikel in der Schweizer Bundes-Verfassung, als ein Denkmal einer anti-islamischen Empörungskultur. Und niemand erklärt, wie es zur Glaubens- und Gewissensfreiheit passt. Sehr einsam und praktisch unnütz präsentiert es sich.

Minarette (5)

Mythos Volkswille

Das eindeutige Votum der Schweizer Stimmbürger für ein Minarett-Verbot ist nicht zu bestreiten. Aber! Das Verbot bekräftigt nicht den Volkswillen. Es stellt ihn in Frage.

3. Dezember 2009. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben damit ein demokratisches Recht verletzt, dass sie sonst selber beanspruchen.

Abstimmungen ermöglichen den Bürgern Mitsprache und Mitentscheidung an den Geschäften, die sie selber betreffen. Im Falle der Minarett-Initiative entschieden jedoch objektiv Nicht-Betroffene über objektiv Betroffene. Eine nicht-muslimische Mehrheit befand über eine muslimische Minderheit. Die Mehrheit schloss damit die Minderheit von der Wahrnehmung eines Rechts aus, das sonst allen übrigen, den Kirchen, den Tankstellen, den Imbissbuden, den Banken zugestanden wird, nämlich mit einem Wahrzeichen ihre Anwesenheit zu bekunden. Wo bleibt da die Gleichheit vor dem Gesetz? Wo bleibt die von der Verfassung garantierte Religionsfreiheit? Es handelt sich hier nicht um ein Paradox, sondern um eine Unverträglichkeit.

Eine Demokratie ohne Respekt vor den Minderheiten, vor den Menschenrechten, den Grundrechten, dem Völkerrecht und den internationalen Konventionen wird unglaublich. Das schleckt kein mythischer Volkswille weg!
